

Sparen im Kampf gegen die Folter

Bern. – Mit erheblicher Verspätung hat der Bundesrat gestern dem Parlament beantragt, das von der Schweiz in der Uno initiierte Zusatzprotokoll zur Anti-Folter Konvention zu ratifizieren. Es gibt internationalen und nationalen Kontrollinstanzen das Recht, unangemeldet Gefängnisse und Polizeistationen zu besuchen, um die korrekte Behandlung von Inhaftierten zu überprüfen.

Zu diesem Zweck schlägt der Bundesrat dem Parlament die Einsetzung einer unabhängigen Kommission vor, die Schweizer Gefängnisse besucht. Sie soll aus zwölf Fachleuten bestehen, die ihre Aufgabe ohne professionelles Sekretariat und ohne Anspruch auf Entschädigung erfüllen soll. Der Bundesrat sieht gemäss seiner Botschaft ans Parlament für die Kommissionsmitglieder lediglich Reise- und Übernachtungsspesen vor. Falls die «Kommission zur Verhütung von Folter» ihre Aufgabe auf dieser ehrenamtlichen Basis nicht erfüllen könne, könnten später immer noch Taggelder eingeführt werden. Dies brächte Mehrkosten von 72 000 Franken.

Diese innenpolitische Miniumsetzung des aussenpolitisch gefeierten Zusatzprotokolls zeige, dass sich Christoph Blocher im Bundesrat durchgesetzt habe, sagt die Zürcher SP-Nationalrätin Vreni Müller Hemmi. Mit der parlamentarischen Gruppe für Menschenrechte hat sie sich in den letzten Jahren für eine rasche und vorbildliche Umsetzung des Anti-Folter-Protokolls eingesetzt. SVP-Bundesrat Blocher hingegen wollte das Vorhaben stoppen; später verzögerte er es.

Nun hat er im Bundesrat erreicht, dass die Forderungen aus dem Parlament und dem Vernehmlassungsverfahren ignoriert wurden, für die Anti-Folter-Kommission sei eine Entschädigung und ein ständiges Sekretariat vorzusehen. Damit setze der Bundesrat das Zusatzprotokoll nur widerwillig um, sagt Müller-Hemmi. Dies müsse das Parlament korrigieren. (bvr)